

BAD DÜRRHEIM

Irma: IG Pro Bad Dürrheim droht mit Bürgerantrag und Bürgerbegehren

Bauprojekt Die Gegner der geplanten Bebauung des Irma-Areals drohen der Stadt und dem Gemeinderat mit einem Bürgerantrag oder Bürgerbegehren, sollte der Gemeinderat seine Ansicht nicht ändern.

In einem offenen Brief an den Bürgermeister fordert Annerose Knäpple von der Interessengemeinschaft (IG) Pro Bad Dürrheim, dass vor weiteren Beschlüssen zum Bebauungsplanverfahren die Bürgerschaft der Stadt klären soll, wie der Nachfolgebau der ehemaligen Irma-Klinik aussehen soll.

Hierdurch könnten sich Gemeinde und Investor viel Zeit und Kosten unnötig sparen, vor allem aber würde der Streit über die Irma-Bebauung beendet werden, meint die Unternehmensberaterin.

Die Briefverfasserin beklagt, dass die von ihr und anderen Unterstützern der IG Pro Bad Dürrheim gestellten Fragen in der jüngsten Gemeinderatssitzung nicht oder nur unzureichend beantwortet wurden. Dem lasse



Annerose Knäpple. Foto: Privat

sich auch nicht entgegen halten, der Gemeinderat habe demokratisch entschieden, was man akzeptieren müsse, auch wenn man anderer Meinung sei. Dies hatte Bürgermeister Walter Klumpp in einer Erklärung während der Gemeinderatssitzung so ausgedrückt.

Annerose Knäpple erinnert daran, dass es auch trotz der Entscheidung des Gemeinderates „glücklicherweise“ weitere in der Gemeindeordnung verankerte Bürgerbeteiligungsrechte gebe wie Bürgerversammlung, Bürgerantrag (an den Gemeinderat zur Behandlung des Themas) und Bürgerbegehren (Bürgerentscheid). Deshalb sei der Gemeinderat nicht die letzte Instanz, sondern es seien die Bürger der



Modell der künftigen Bebauung auf dem ehemaligen Irma-Areal, anliert als Nacht-Ansicht mit beleuchteten Fenstern. Der Querbau mit dem Tonnendach rechts ist der ehemalige Therapie-Anbau, der mit einem Fitnessstudio erhalten bleibt. Foto: Architektenbüro Rebholz

Gemeinde, „die nötigenfalls das letzte Wort haben“. Dazu werde es kommen, wenn der Gemeinderat „nicht bald mehrheitlich von der geplanten Irma-Bebauung Abstand nimmt“, heißt es in dem offenen Brief.

Die Unternehmensberaterin glaubt, dass sich im Verfahren für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Investor und die Stadt „im Prinzip schon auf die angestrebte Bebauung vorab festgelegt“ haben. Die Chancen, dass Einwendungen von Bürgern im Bebauungsplanverfahren zur „völlig unpassenden Bebauung und Gestaltung des Irma-Geländes“ noch Gehör finden, tendieren nach Ansicht von Annerose Knäpple „gegen Null“.

Knäpple kommt angesichts der Bilder, die vom Büro Rebholz zum geplanten Bauwerk bisher veröffentlicht wurden, zum Ergebnis, dass die geplante Bebauung „gerade keinen Mehrwert für unsere Stadt darstellt, sondern das Stadtbild erheblich verschlechtert“ und auch auf die künftige Bebauung, jedenfalls auf

der rechten Seite der Friedrichstraße, ausstrahle. Annerose Knäpple reagierte auch auf den Appell von Bürgermeister Walter Klumpp in der jüngsten Gemeinderatssitzung. Klumpp hatte die Gegner gebeten, „fair mit den Gemeinderatsmitgliedern umzugehen. Jedes Mitglied hat das verdient“.

Nicht unfair gewesen

In ihrem offenen Brief schrieb Knäpple, dass es nicht die geringste Veranlassung gebe, die Gegner um einen fairen Umgang zu bitten. Weder sie noch die eingetragenen Unterstützer der IG Pro Bad Dürrheim hätten sich jemals gegenüber dem Bürgermeister oder Stadträten unsachlich geäußert. „Dies werden wir auch künftig so halten“, so Annerose Knäpple.

Die Unternehmensberaterin stellte auch klar, dass die Wahlwerbung der AfD, die sich auf die geplante Irma-Bebauung bezog, weder mit der IG Pro Bad Dürrheim abgesprochen war noch etwas mit der Interessensgemein-

schaft zu tun habe. Vielmehr sei die IG Pro Bad Dürrheim gegründet worden, weil bei der Beschlussfassung des Gemeinderats im Juli die Wünsche zur baulichen Gestaltung seitens der Bürger nicht aufgegriffen worden seien und dies von der Stadtverwaltung wie auch von der Mehrheit des Gemeinderats nicht begründet worden sei.

Annerose Knäpple reagierte auch auf die Aussage des Bürgermeisters, man gehe davon aus, dass die Grundstückseigentümers Golden Village GmbH mit Casim Ucucu als Geschäftsführer finanziell in der Lage sei, das Projekt durchzuführen.

Über diese Erklärung „kann man sich nur wundern“, so Knäpple, wenn der Bürgermeister auf die Frage, ob ein Unternehmen, das lediglich 20 000 Euro Eigenkapital in der Bilanz von 2015 aufweise, antworte, er gehe davon aus, dass der Investor das stemmen könne, „so bedeutet dies, dass Sie es nicht wissen und nicht geprüft haben“, so Annerose Knäpple. Dies sollten der Bür-

germeister und die Gemeinderatsmitglieder aber nach Ansicht von Annerose Knäpple „dringend nachholen“. Die Stadt müsse die Golden Village GmbH und ihren Geschäftsführer Ucucu auffordern, aussagekräftige Unterlagen über die Bonität der Gesellschaft und die Zuverlässigkeit des Geschäftsführers vorzulegen.

Bonität Überprüfen

Denn, so Annerose Knäpple: „Bei jedem größeren öffentlichen Auftrag muss der Unternehmer vor der Auftragserteilung seine Bonität und Zuverlässigkeit nachweisen. Selbst für eine Gaststättenerlaubnis muss man dies machen. Deshalb sollte man dies auch von einem künftigen Vertragspartner eines 20-Millionen-Projekts fordern.“ Oder wolle die Stadt lieber riskieren, „dass einer derart schwach kapitalisierten Gesellschaft während der Bauarbeiten das Geld ausgeht und eine neue Bauruine statt der alten entsteht?“ so die Frage von Annerose Knäpple. hje